

Initiativen der KPÖ

Gemeinderatssitzung am 05.07.2023

Fragen	
Andritzer Außenstelle des Johann-Joseph-Fux-Konservatoriums	Sahar Mohsenzada
Ganztagesangebot Ferienprogramm	Christine Braunersreuther
Anträge	
Mietförderkampagne für Erdgeschossflächen in Reininghaus	Christine Braunersreuther
ÖBB Retentionsbecken zu Hundewiesen umgestalten	Christian Sikora
Inklusives Sommerprogramm	Philipp Ulrich
Dringliche Anträge	
Aufwertung der Freizeitpädagogik und Nachmittagsbetreuung durch die Hebung in den Bundesdienst	Mina Naghibi

Gemeinderätin Mag.a Sahar Mohsenzada

Dienstag, 4. Juli 2023

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 6. Juli 2023

An Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler

Betrifft: Andritzer Außenstelle des Johann-Joseph-Fux-Konservatoriums

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

Seit vielen Jahren ist die Außenstelle des Johann-Joseph-Fux-Konservatoriums in der Prochaskagasse ein Fixpunkt der musikalischen Bildung und Ausbildung in Andritz.

In den Kinderkursen des Johann-Joseph-Fux-Konservatoriums haben Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, in der Gruppe gemeinsam zu singen, zu musizieren und zu tanzen. Der Unterricht findet einmal wöchentlich statt und ist auch eine ideale Vorbereitung bzw. Ergänzung zum Instrumentalunterricht. In das Eltern-Kind-Musizieren kommen Kleinkinder im Alter von 2 bis 4 Jahren mit einer Bezugsperson, die musikalische Früherziehung ist für Kinder von 4 bis 6 Jahren.

Für Kinder im Volksschulalter und Teenager gibt es folgendes Kursangebot:

Musik und Tanz, Elementares Musiktheater (Musical), Schlagwerkensemble und Elementare Musikalische Schulung (EMS).

Das Angebot an Instrumentalunterricht umfasst die Fächer Blockflöte, Gitarre, Klavier, Violine und Querflöte.

Viele Kinder und Jugendliche in Andritz haben ihre musikalische Karriere in der Außenstelle Andritz gestartet, meist schon im frühen Kindergartenalter im Rahmen der musikalischen Früherziehung.

Der große Festsaal ist mit seiner guten Akustik nicht nur bestens für den Gruppenunterricht geeignet, sondern wird auch für Vorspielstunden und Aufführungen (Musicals), aber in der Vergangenheit auch immer wieder gerne für Bälle (Kinderfasching, Seniorenball) und für Aufführungen von Chören bzw. für andere Veranstaltungen, sowie Neujahrs- und Weihnachtskonzerte genutzt.

Nun soll es damit vorbei sein! Der benachbarte Kindergarten benötigt mehr Raum, was durchaus verständlich ist. Allerdings ist bis heute nicht klar, wie es mit der Außenstelle des Konservatoriums in Andritz weitergehen soll. Angekündigt ist nur, dass die Außenstelle schon im kommenden Herbst ihre Räumlichkeiten verliert. 200 Schüler:innen und 20 Lehrende hängen damit ebenso in der Luft, wie etliche Gesangs- und Musikvereine in Andritz.

Für Andritz wäre der Verlust des etablierten und hochqualitativen Musikunterrichts des Konservatoriums ein schwerer Schlag. Auch ein wichtiger Teil des sozialen Lebens in Andritz ginge damit verloren.

Damit der Musikunterricht in bewährter Qualität weitergeführt werden kann, braucht es ausreichend Räumlichkeiten: Für Gruppenunterricht und Aufführungen einen ausreichend großen Saal mit guter Akustik, Räume für den Instrumentalunterricht und Platz für Material und Instrumente.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgende

Frage

Welche Schritte haben Sie in Ihrem Wirkungsbereich unternommen, um den Erhalt der Außenstelle des Johann-Joseph-Fux-Konservatoriums in Andritz an einem einheitlichen Standort sicherzustellen?

Gemeinderätin Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther

Dienstag, 4. Juli 2023

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 6. Juli 2023

An Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Betrifft: **Ganztagesangebot Ferienprogramm**

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

Ferien sind eine schöne Zeit – für Schüler:innen. Für berufstätige Eltern von Schüler:innen, die betreut werden müssen, bedeuten Ferien nicht selten eine Organisationshölle. Denn wenn nicht zufällig Großeltern in der Nähe sind, die auf die Kinder aufpassen, muss professionelle Betreuung organisiert werden. Angebote gibt es viele, aber die meisten sind sehr kostspielig. Grazer Eltern haben Glück, dass die Stadt ein so umfangreiches Angebot an Sport- und Kreativkursen anbietet bzw. vermittelt, die ihre Kinder zu sehr günstigen Preisen in den Ferien besuchen können. Leider handelt es sich nur bei einem Bruchteil der Kurse um Ganztagsangebote. Als Betreuungsoption sind solche Kurse für vollzeitbeschäftigte Eltern daher ungeeignet – insbesondere dann, wenn Kinder zu diesen Kursen gebracht und abgeholt werden müssen.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgende

Frage

Sind Sie bereit, das Angebot der Ferienkurse in diesem Sommer zu evaluieren und einen Bedarf an mehr Ganztagsangeboten abzufragen?

Gemeinderätin Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther

Donnerstag, 6. Juli 2023

Antrag

Betrifft: Mietförderkampagne für Erdgeschossflächen in Reininghaus

„Die Schaffung belebter Erdgeschoßzonen gilt als das Um und Auf, wenn man einen neuen Stadtteil nicht zur vielzitierten Schlafstadt werden lassen will.“¹ So beginnt ein Artikel des Stadt-Kritikers Martin Putschögl im Standard. Er beschreibt darin, dass Wien die Zeichen der Zeit erkannt hat – und wie die Stadt danach in den neuen Stadtteilen Seestadt Aspern und Nordbahnviertel handelt.

Leider hat es Graz in der letzten Periode – trotz mehrmaligen Hinweisen der KPÖ-Fraktion auf Aspern als Vorbild – verpasst, für den neuen Stadtteil Reininghaus entsprechende Initiativen zur Belebung der Erdgeschossflächen zu setzen und dies durch städtebauliche Verträge mit den Bauträgern festzuhalten. Das Ergebnis: Heute wohnen bereits mehr als 2.500 Menschen in Reininghaus – ein Viertel der zu erwartenden Bewohner:innen, doch bis auf ein Bäckerei-Café stehen die Erdgeschossflächen leer. Mit dem Bezug der 138 Wohnungen im Greentower soll dort im Herbst 2023 immerhin ein Supermarkt eröffnen.

Dabei wurde vom Grazer Gemeinderat am 15. Oktober 2020 eine Mietförderung für Pionier-Pächter:innen von Erdgeschossflächen im Gemeinderat beschlossen, um eben diese Misere zu verhindern. Scheinbar ist diese günstige Gelegenheit, Erstanbieter für bald 10.000 Bewohner:innen zu sein, bei Wirtschaftstreibenden nicht angekommen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

Antrag

Die Abteilung Wirtschaft- und Tourismus möge in Zusammenarbeit mit der Kommunikationsabteilung der Stadt Graz eine Kampagne zur Belebung der Erdgeschossflächen in Reininghaus ausarbeiten und in Kooperation mit Partnerorganisationen wie der WKO, aktiv nach Pächter:innen suchen.

¹ <https://www.derstandard.at/story/2000120620873/neue-stadtviertel-die-erdgeschosszonen-im-fokus>

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 6. Juli 2023

Antrag

Betrifft: ÖBB Retentionsbecken zu Hundewiesen umgestalten

Entlang dem ÖBB Zugstreckennetz auf Grazer Stadtgebiet gibt es zum Schutz gegen mögliche Überschwemmungen sowie zum Hochwasserschutz mehrere von der ÖBB errichtete Retentionsbecken. Diese entsiegelten Wiesenanlagen sind gut eingezäunt und werden von der ÖBB regelmäßig gewartet und gemäht.

Zu finden gibt es diese Retentionsbecken vor allem entlang der Südbahnstrecke zwischen dem Grazer Hauptbahnhof und der Gemeinde Feldkirchen und auch im restlichen Grazer Stadtgebiet entlang des Streckennetzes.

Entlang der Bahnstrecken in diesem Stadtgebiet sind in den letzten Jahren zahlreiche Neubauten und Siedlungen mit Hunderten neuen Wohnungen entstanden. Hunde zählen zu beliebten Haustieren dieser Bewohner:innen. Freiraum um den Hunden genügend Auslauf zu geben, ist aber leider Mangelware.

Die oben beschriebenen Retentionsbecken würden sich hervorragend als Hundewiesen eignen. Da die wesentliche Infrastruktur bereits vorhanden ist, könnte man damit kostengünstig das Angebot für Hundehalter:innen in der Stadt aufwerten.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz sowie die zuständige Stadträtin Mag. Claudia Schönbacher werden ersucht, mit der ÖBB Kontakt aufzunehmen und zu prüfen, ob auf Grazer Stadtgebiet entlang der ÖBB Bahnstrecken die schon vorhandenen Retentionsbecken als Hundewiesen genutzt werden können.

Gemeinderat Philipp Ulrich

Donnerstag, 6. Juli 2023

Antrag

Betrifft: Inklusives Sommerprogramm

Die Stadt Graz hat auch heuer wieder ein sehenswertes Sommerprogramm für unterschiedliche Altersgruppen zusammengestellt. Sowohl im Freizeit- als auch im Sportbereich gibt es eine Vielzahl an Angeboten, welche von den Grazerinnen und Grazern gerne angenommen werden. Das Freizeitprogramm bietet unter anderem Alpaka Ausflüge, Segelabenteuer und Wandern im Grazer Bergland, während sich das Sportangebot von Trampolin springen, Kletter- bzw. Parkourkurse, bis über diversere Wassersportarten erstreckt. Diese zahlreichen Möglichkeiten bieten Bewegung, das Entstehen neuer Sozialkontakte und vor allem Spaß.

Leider wird aber eine ganz wesentliche Gruppe mit dem Programm kaum erreicht. Gerade Menschen mit Behinderungen drängen auf Teilhabe an der Gesellschaft und sollten auch mit speziellen Angeboten sowohl im Freizeit- als auch im Kulturbereich angesprochen werden. Egal ob im Rollstuhl, mit Lernschwächen oder gar Sehbehindert, diese Menschen können bereits mit geringfügigen Adaptierungen bestehender Angebote am Geschehen teilnehmen.

Auch Menschen, welche unter psychischen Erkrankungen bzw. Behinderungen leiden, sollten in einer inklusiven Vorzeigestadt ihren Platz bei den Freizeitangeboten wiederfinden. Gerade diese Gruppe, welche oftmals bei den drängenden Fragen nach mehr Inklusion außen vorgelassen wird, würde immens davon profitieren.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, das Sommerprogramm der Stadt Graz 2024 um mehr inklusive Sport- bzw. Freizeitangebote zu erweitern bzw. bestehende Kurse für Menschen mit Behinderung verstärkt zugänglich zu machen.

Gemeinderätin Mina Naghibi

Donnerstag, 6. Juli 2023

Antrag zur dringlichen Behandlung (gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Aufwertung der Freizeitpädagogik und Nachmittagsbetreuung durch die Hebung in den Bundesdienst

Im Bereich der Nachmittagsbildung und -betreuung von Kindern sind in den letzten Jahrzehnten viele strukturelle Probleme des Bildungssystems entstanden. Während in den letzten Jahren die Anzahl der Ganztagsvolksschulen und der offenen Volksschulen mit Nachmittagsbetreuung konstant ansteigt, ging die Anzahl der Horte und alterserweiterten Kinderhausgruppen zurück bzw. wurde nie annähernd ausreichend ausgebaut. Horte sind Bildungs- und -betreuungsstätten, die Schulkindern und pädagogischem Personal - welches u.a. in Lerndidaktik und Freizeitpädagogik ausgebildet ist und über den gesamten Zeitraum der Ausbildung ein Fachpraktikum absolviert hat - eigene Räumlichkeiten und Ressourcen fördernd und unterstützend zur Verfügung stellen können. Hinzu kommt, dass Hortpädagog:innen von Kinderbetreuer:innen unterstützt werden. Gemeinsam betreuen, fördern und erziehen sie eine Gruppe von 20 Kindern. In alterserweiterten Kinderhausgruppen, die von Elementarpädagog:innen, mit Hortpädagogik als Zusatzausbildung, und zwei Kinderbetreuer:innen geführt wird, umfasst die maximale Gruppengröße 30 Kinder, wovon meist zwei bis sechs Schulkinder sind. Daraus ergibt sich schnell, dass auf diesem Bildungsweg zwar mehr in die Bildungs- und Beziehungsarbeit investiert wird, was auf jeden Fall zu begrüßen ist, es aber sehr viel mehr Betreuungsplätze braucht, um den Bedarf der Nachmittagsbetreuung und Lernbetreuung der über 4.000 Schüler:innen, allein in Graz, zu decken. Als Konsequenz daraus wurde die Nachmittagsbetreuung in den Pflichtschulen sehr stark ausgebaut. Jedoch gab es aufgrund des rasanten Wachstums und herausfordernden Rahmenbedingungen auch in diesem Bildungssektor nicht genug Personal. Daher wurde die Berufsgruppe der Freizeitpädagog:innen geschaffen, die nun seit über 10 Jahren wesentlich dazu beiträgt, dass trotz Lehrer:innenmangels der Personalbedarf beim Ausbau der schulischen Tagesbetreuung überhaupt annähernd gedeckt werden kann. Das zeigt sich auch im Personal-Kind-Schlüssel, so fallen auf eine:n Freizeitpädagog:in 25 Kinder im regulären Fall und bei Personalmangel noch mehr.

Anfangs gab es keine klaren Voraussetzungen bezüglich der benötigten Ausbildung der Nachmittagsbetreuer:innen, was zur Folge hatte, dass es sehr oft zu schlechten Einstufungen im Kollektivvertrag für die Angestellten kam. Andererseits kam es für sie zu Leerstunden in der individuellen Lernzeit, weil die Schüler:innen nur unter fachlicher Hilfestellung ihre Hausaufgaben erledigen können und dazu dürfen nur Lehrpersonal und Hortpädagog:innen eingesetzt werden. Mittlerweile ist der Hochschullehrgang „Freizeitpädagogik“ an der Pädagogischen Hochschule hierfür angedacht, weshalb Beschäftigte der städtischen Tagesbetreuung bis zum Zeitraum 2024/2025 diese Nachschulung absolviert haben müssen, sodass sie die Schulkinder auch bei der korrekten Erledigung der Hausaufgaben mittels didaktischer Kompetenzen unterstützen können. Voraussetzung für die Zuteilung eines solchen Studienplatzes ist nicht die Matura, sondern die Absolvierung eines Aufnahmeverfahrens, was völlig ausreichend ist.

Ein anderes, sehr großes Problem für das Personal der Nachmittagsbetreuung und in Folge dessen für die qualitätsvolle, faire Aufrechterhaltung und Gewährleistung der städtischen Tagesbetreuung ist, dass die gesetzlichen Vorgaben bisher viel zu unklar sind, wer konkret für die Nachmittagsbetreuung zuständig ist – zum Teil ist das die Direktion der jeweiligen Schule, zum Teil die Bildungsdirektion. Daraus resultiert, dass es keine einheitlichen und bindenden Vorgaben gibt, die für die Nachmittagsbetreuung an alle Schulen gleichermaßen gelten und zudem budgetär abgedeckt sind. Das heißt, im schlimmsten Fall kann die Direktion einer Schule sich selbst zum Leiter der Nachmittagsbetreuung ernennen, das dazugehörige Budget selbst verwalten und alle administrativen Aufgaben an die Nachmittagsbetreuer:innen delegieren, die das dann unentgeltlich verrichten müssen. Auch das hat zur hohen Fluktuation in diesem Berufsfeld geführt. In sehr vielen Schulen funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Schuldirektion und Nachmittagsbetreuung sehr gut, nichtsdestotrotz sind Gesetze auch dazu da, Missstände zu verhindern und müssen dementsprechend verfasst werden.

Im Zuge der Schulrechts-Novelle plant die Bundesregierung im ersten Anlauf eines Entwurfes das Aus für die Freizeitpädagogik. Freizeitpädagog:innen, die in der schulischen Tagesbetreuung den Freizeitteil gestalten, sollen laut diesem Entwurf zu „Assistenzpädagog:innen“ werden. Der vorliegende Entwurf enthält zudem Gehaltskürzungen von bis zu einem Fünftel, eine Verschlechterung bzw. Verkürzung der Ausbildung, eine unklare arbeitsrechtliche Situation und unsinnige Einstiegshürden durch die Matura als Voraussetzung.

Als Reaktion darauf, haben Betriebsräte der städtischen Tagesbetreuung in Wien, Klagenfurt und letztlich auch Graz zur Betriebsversammlung aufgerufen, um über Bedenken und Einwände der Expert:innen aus der Berufspraxis, sowie über weitere Protestmaßnahmen zu sprechen. Das ist ein sehr wichtiges Zeichen des Widerstands, das selbstverständlich zu unterstützen ist, weil die Freizeitpädagog:innen gegen Verschlechterungen und für das Wohl unserer Kinder auf die Straße gehen. Mittlerweile wurden Gespräche über die Reformpläne

zwischen Mitgliedern der Gewerkschaft, der Arbeiterkammer und Personal der Tagesbetreuung mit Beamten des Bildungsministeriums aufgenommen. Ziel ist es, die Beschäftigten einzubinden, denn um das Gesetz angemessen novellieren zu können, muss auch die Expertise der Freizeitpädagog:innen mit einfließen können. Sie kennen die berufliche Praxis am besten.

Langfristig ist eine echte Aufwertung der Freizeitpädagogik nur durch die Eingliederung in den Bundesdienst möglich und längst überfällig. Auch in der Elementarpädagogik gibt es seit Jahrzehnten diese Forderung. Lohnverluste oder sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen oder Ausbildung dürfen damit nicht einhergehen, denn damit leidet auch immer die Betreuungssituation und Bildung der Kinder, was auf keinen Fall hinzunehmen ist. In keiner Stadt, keiner Gemeinde, keinem Bundesland.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Grazer Gemeinderat tritt an den Bundesgesetzgeber auf dem Petitionswege heran, bei der in Diskussion befindlichen Übernahme der Freizeitpädagog:innen in den Bundesdienst von jeglichen Verschlechterungen hinsichtlich Bezahlung, Arbeitsbedingungen und Ausbildung sowie der Matura als Einstiegs-kriterium in den Beruf abzusehen.